

Monatsspiegel



Juli/August 2014



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Rente und Mindestlohn: Zwei wichtige Projekte kommen voran

Mit dem „Rentenpaket“ tritt zum 1. Juli ein wichtiges, von der SPD in der großen Koalition durchgesetztes Vorhaben in Kraft. Und auch ein zweites wichtiges Projekt, die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns, kommt mit den Beratungen im Bundestag voran.

Rentenpaket: Viele wichtige Verbesserungen

Mit dem Rentenpaket verbessert sich die Situation von vielen Rentnerinnen und Rentnern: Für jeweils ein Elternteil von vor 1992 geborenen Kindern (meist die Mütter) werden statt bisher einem künftig zwei Jahre Erziehungszeit mit je einem Entgeltpunkt angerechnet. Damit steigt die Rente um knapp 30 Euro im Monat an. Bei der Erwerbsminderungsrente werden künftig die Entgeltpunkte nicht mehr bis zum 60. Geburtstag hochgerechnet, sondern bis zum 62. Zusammen mit weiteren Verbesserungen in diesem Bereich steigt auch für diese Personen die Rente deutlich an.

Und es wird künftig möglich sein, nach 45 Versicherungsjahren (mit einigen Besonderheiten bei der Anrechnung von Zeiten) abschlagsfrei zwei Jahre vor Erreichen der Regelaltersgrenze in Rente zu gehen – bisher war dies nach 45 Versicherungsjahren für alle Jahrgänge erst mit 65 Jahren möglich.

Es ist der SPD und insbesondere auch der zuständigen Ministerin Andrea Nahles gelungen, diese Verbesserungen – gerade bei der Rente für besonders langjährig Versicherte – gegen vielfältige Angriffe aus der Union und dem Arbeitgeberlager zu verteidigen. Dabei wurde von diesen oft auf Fehlinformation gesetzt: Denn es ist selbstverständlich nicht so, dass eine Möglichkeit, früher in Rente zu gehen, von allen auch zwingend genutzt werden muss. Deshalb stimmt das Argument nicht, den Betrieben würde durch die Möglichkeit des vorzeitigen Renteneintritts die wichtige Kompetenz Älterer verloren gehen: Wenn die Betriebe ein Interesse daran haben, diese Kompetenz

■ **Von Philipp Dees**
Monatsspiegel-Redakteur



zu halten, dann gibt es für sie eine ganz einfache Möglichkeit: Sie können ihren älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern attraktive Arbeitsbedingungen anbieten – dann werden diese häufig auch bereit sein, bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze zu arbeiten (und möglicherweise auch darüber hinaus, das ist nämlich auch nicht verboten).

Andererseits schafft die Rente für besonders langjährige Versicherte mehr Gerechtigkeit: Denn vom vorzeitigen Renteneintritt profitieren die Personen, die sehr früh (spätestens mit 20) ins Arbeitsleben eingestiegen sind und entsprechend lange in das Rentensystem eingezahlt haben – und die auf der anderen Seite, auch das gehört zur Wahrheit dazu, meist deutlich kürzer Rente

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

07.07.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus	
09.07.	19:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Waldschänke	S. 10
14.07.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus	
15.07.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 10
15.07.	20:00	Distrikt Frauenaarach: Jahreshauptversammlung	Pizzeria Angelo	S. 10
15.07.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 11
16.07.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Zur Einkehr	S. 12
17.07.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
21.07.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus	
22.07.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 10
30.07.		60plus: Tagesfahrt nach Jena		S. 12
12.09.	19:00	Unterbezirksparteitag	Haus des Handwerks	S. 3
15.09.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus	
16.09.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung		S. 11

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Mitarbeiter: Patrick Rösch
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:
 Montag 10:00 bis 16:00 Uhr
 Donnerstag 14:00 bis 17:00 Uhr
 Freitag 09:30 bis 14:30 Uhr.
 Dienstag und Mittwoch geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzende: Barbara Pfister
 Geschäftsführerin: Saskia Coerlin
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-218 1
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 13.00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Mittwoch 09:00 bis 13:00 Uhr
 Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Martina Stamm-Fibich (msf)

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

beziehen als die Personen, die später ins Arbeitsleben starten: Denn bei ersteren handelt es sich oft um körperlich belastende Berufe, weshalb die Gesundheit stärker leidet und damit auch die Lebenserwartung kürzer ist. Auch das spricht dafür, das Renteneintrittsalter zu differenzieren und einen vorzeitigen Renteneintritt für diesen Personenkreis zu ermöglichen.

Mindestlohn: Weiter Angriffe der Union

Auch wenn der Mindestlohn sich mittlerweile im parlamentarischen Verfahren befindet: Die Angriffe aus der Union, auch hier im Bündnis mit einigen Arbeitgebern, hören nicht auf. Versucht wird, immer mehr Ausnahmen zu schaffen und den Mindestlohn dadurch soweit zu durchlöchern, dass er weitgehend wirkungslos bleibt. Auch hier gilt es, wie bei der Rente, standhaft zu bleiben und keine (weiteren) Ausnahmen zuzulassen. Für die Argumente,

mit denen solche Ausnahmen begründet werden – meist angebliche massive Arbeitsplatzverluste in bestimmten Bereichen – gibt es nämlich keine Belege, und damit auch keinen Grund für Ausnahmen.

Und zur Diskussion um den Mindestlohn gehört auch: Es sind bereits jetzt eine Reihe von Ausnahmen vorgesehen, die auch zu Missbrauch führen können. Besonders gilt das für die Ausnahme für Unter-18-jährige und noch stärker für Langzeitarbeitslose: Denn hier besteht die Gefahr, dass Unternehmen in einem „Drehtüreffekt“ immer neue Langzeitarbeitslose einstellen und vor Anwendung des Mindestlohns wieder entlassen. Zu Recht fordert daher die Bundestagsfraktion, die Ausnahmen nach Inkrafttreten des Mindestlohns kritisch zu überprüfen und wenn notwendig das Gesetz anzupassen, um einen solchen Missbrauch zu verhindern.

Weitere Reformen sind nötig

Auch wenn zwei große und wichtige sozialpolitische Vorhaben jetzt umgesetzt werden: Der SPD werden die Themen in diesem Bereich nicht ausgehen. Sowohl bei der Rente als auch im Arbeitsmarkt als auch in anderen Bereichen gibt es weiterhin großen Veränderungsbedarf.

So sinkt bei der Rente das Standardrentenniveau weiter ab, und es gibt im-

mer mehr Personen, die auf Grund von Erziehungszeiten, Arbeitslosigkeit oder anderweitig unterbrochenen Erwerbsbiographien selbst dieses Niveau nicht erreichen, sondern deutlich niedrigere Renten erhalten. Deshalb muss die Debatte darum, wie mit der gesetzlichen Rentenversicherung Sicherheit gegen Armut im Alter geschaffen werden kann, weitergehen.

Genauso gilt es, weiter über bessere und flexiblere Übergänge aus dem Erwerbsleben in die Rente zu diskutieren: Denn die jetzige Regelung erreicht viele, die am Ende ihres Arbeitslebens nicht mehr (voll) arbeiten können, nicht. Deshalb sollten auch die Vorschläge des DGB für eine flexiblere und frühere „Teilrente“ intensiv geprüft werden.

Im Arbeitsmarkt löst der Mindestlohn nur eines von vielen Problemen: Vor allem die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und zunehmend Werkverträgen – mit denen auch der Mindestlohn unterlaufen werden kann – muss auf der Tagesordnung bleiben, ebenso die Abschaffung oder zumindest striktere Regulierung der sachgrundlosen Befristung und die Aufgabe, jedem Jugendlichen eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen.

Es bleibt also viel zu tun. Aber: Die SPD hat durchaus Grund, das jetzt Erreichte selbstbewusst herauszustellen.

Vorankündigung Unterbezirksparteitag

Liebe Genossinnen und Genossen, der nächste Unterbezirksparteitag findet statt am

**Freitag, 12. September,
19 Uhr in Erlangen, Haus
des Handwerks**

Dazu haben wir **Christian Flisek, MdB** eingeladen. Er wird über seine Arbeit des im März 2014 gegründeten **Untersuchungsausschusses „NSA“** berichten. In diesem Ausschuss ist Christian Flisek für die SPD Obmann.

Zu diesem Parteitag sind auch Gäste und Interessierte recht herzlich willkommen. Die Delegierten bekommen wie immer noch eine schriftliche Einladung.

Jutta Ledertheil
Geschäftsstellenleiterin

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
September 2014
15. August 2014

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

**am Donnerstag, den 17. Juli 2014, 20.00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79**

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Ein halbes Jahr Große Koalition:
Die Politik auf dem Prüfstand.
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

Heide Mattischeck feierte ihren 75. Geburtstag

Mit zahlreichen Gästen konnte Heide Mattischeck ihren 75. Geburtstag beim offiziellen Empfang von Kreisverband und SPD-Fraktion nachfeiern.

Die Laudatio auf die ehemalige Bundestagsabgeordnete, Stadträtin und frühere Fraktionsvorsitzende hielt Oberbürgermeister Florian Janik. Er würdigte den von ihm als „Eckkneipenpolitik“ titulierten Politikstil der gebürtigen Berlinerin: Damit gemeint war, dass Heide Mattischeck immer das Gespräch mit den Menschen gesucht habe, ihre Positionen und Entscheidungen mit ihnen diskutiert und vor ihnen verteidigt habe. Damit habe Heide Mattischeck eine „Politik im Dialog“ begründet, die auch für ihn selbst zum Vorbild geworden sei.

Ursula Rechtenbacher, 1972 gemeinsam mit Heide Mattischeck erstmals in den Erlanger Stadtrat gewählt, ergänzte

die Laudatio mit einigen persönlichen Erinnerungen an die Zusammenarbeit in diesem Gremium. Gemeinsam habe man in der Amtszeit von Dietmar Hahlweg viel für Erlanger erreicht, teilweise gegen massive Widerstände in der Stadt: Nur ein Beispiel dafür war Ausweisung der ersten Erlanger Fußgängerzone, durch die viele Einzelhändler damals das Ende ihrer Geschäfte befürchtet hätten.

Heide Mattischeck nutzte ihre Dankesworte auch für eine politische Botschaft: Ihr war es ein Anliegen, auf die Situation von Flüchtlingen und Asylbewerbern hinzuweisen und eine Verän-



derung der Politik in diesem Feld hin zu einem menschlicheren Umgang mit Flüchtlingen einzufordern. Dazu hatte Mattischeck auch statt Geschenken um eine Spende zugunsten der Erlanger Flüchtlingsinitiative EFIE gebeten.

Herzlichen Dank!

Liebe Genossinnen und Genossen, für die vielen Glückwünsche, die mich zu meinem 75. Geburtstag erreicht haben, bedanke ich mich ganz herzlich. Dankeschön sagen will vor allem auch dem Kreisvorstand und der Stadtratsfraktion – bei Dieter Rosner und Barbara Pfister – die mir einen gelungenen und sehr fröhlichen Geburtstagsempfang im Erlanger Rathaus bereitet haben. Dieter Rosner konnte viele Gäste begrüßen, nicht nur aus der Partei, sondern auch darüber hinaus. Ich habe mich gefreut, dass so viele Freunde, Bekannte und WegbegleiterInnen aus der Zeit meiner Tätigkeit als Stadträtin und als Bundestagsabgeordnete der Einladung gefolgt waren. Unser nun schon nicht mehr ganz neuer Oberbürgermeister Florian Janik – respektlos „Floh“ genannt – hat die Anwesenden mit seiner lockeren Laudatio erfreut. Danke auch dafür. Die Musik von Wulli Wullschläger und Sonja Tonn hat ebenfalls zu einer guten Stimmung beigetragen.

Danken will ich allen, die mit ihrer Spende dazu beigetragen haben, dass ich den Aktiven von EFIE (Ehrenamtliche Erlanger Flüchtlingshilfe) 770 Euro überweisen konnte. Sie können das Geld für ihre wichtige Arbeit gut gebrauchen.

Heide Mattischeck, im Juni 2014

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juli und August Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- 05.07. Wilhelm Schmidt
79 Jahre
- 09.07. Wilhelm Gehr
84 Jahre
- 10.07. Silke Zieten
82 Jahre
- 14.07. Renate Haas
70 Jahre
- 15.07. Eva Haas
71 Jahre
- 17.07. Gerd Junghänel
86 Jahre
- 18.07. Edgar Hartmann
74 Jahre
- 25.07. Uta von Stengel
72 Jahre
- 25.07. Matthias Geist
50 Jahre
- 27.07. Peter Weierich
50 Jahre
- 28.07. Günther Popp
73 Jahre



- 04.08. Andreas Hahn
88 Jahre
- 05.08. Hans Buerhop
75 Jahre
- 07.08. Marga Mittag
83 Jahre
- 07.08. Waltraud Zemann
70 Jahre
- 09.08. Helmut Aichele
75 Jahre
- 13.08. Günter Rupperecht
73 Jahre
- 22.08. Ruth Wissmann
70 Jahre

Daten zur Mitgliederentwicklung der Erlanger SPD

Einen Schwerpunkt auf der Jahreshauptversammlung im Mai bildete auch die Vorstellung der Mitgliederentwicklung des Kreisverbands, für die Dirk Goldenstein eine Reihe von Daten aufbereitet hat.

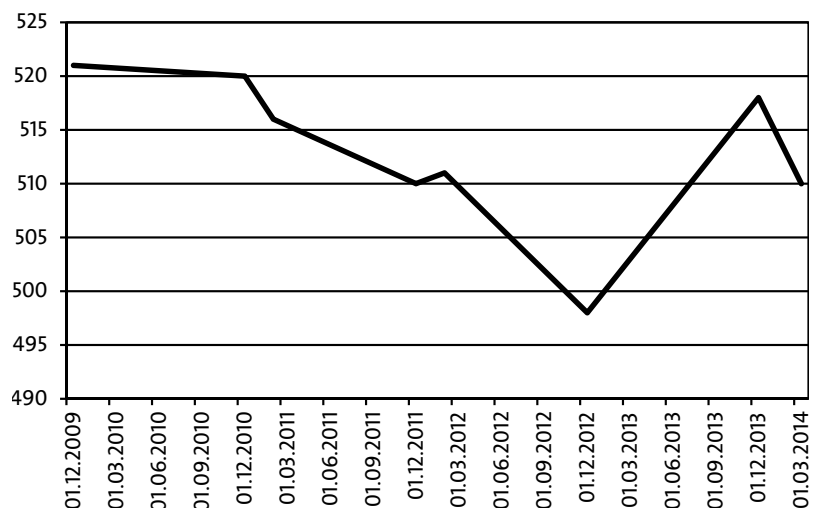
Insgesamt ist die Mitgliederzahl des Kreisverbands im Jahr 2013 deutlich angestiegen und liegt nun sehr deutlich über 500. Im ersten Quartal 2014 ist sie zwar wieder gesunken, allerdings sind hier zwei Aspekte zu berücksichtigen: Zum einen erfolgen Austritte häufig zum Jahresende, so dass die Mitgliederzahl zum Jahreswechsel regelmäßig zurückgeht und dann im weiteren Jahresverlauf wieder steigt; dieser Effekt könnte durch den Mitgliederentscheid im Dezember 2013 diesmal besonders groß gewesen sein. Zum zweiten endet die Betrachtung am 31. März. Eintritte, die der deutliche Erfolg bei der Kommunalwahl ausgelöst hat, sind daher noch nicht berücksichtigt.

Die Frauenquote in der Erlanger SPD liegt mit 35,8 Prozent deutlich über dem Durchschnitt des Landesverbands. Der Durchschnittsbeitrag, den die Erlanger Genossinnen und Genossen zahlen, ist einer der höchsten in der bayerischen SPD und leistet einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung der politischen Arbeit des Kreisverbands.

Mitgliederbestand und Durchschnittsbeitrag der Erlanger SPD nach Distrikten

	Mitglieder	Männer	Frauen	Frauen%	Beitrag
Kreisverband	520	334	186	35,8%	12,68 €
West	130	77	53	40,8%	13,09 €
Innenstadt	113	69	44	38,9%	13,38 €
Anger-Bruck	77	55	22	28,6%	12,42 €
Ost	56	38	18	32,1%	13,53 €
Süd	50	36	14	28,0%	9,07 €
Frauenaarach	30	22	8	26,7%	15,58 €
Tennenlohe	29	19	10	34,5%	14,19 €
Dechsendorf	18	8	10	55,6%	8,47 €
Eltersdorf	17	10	7	41,2%	10,61 €

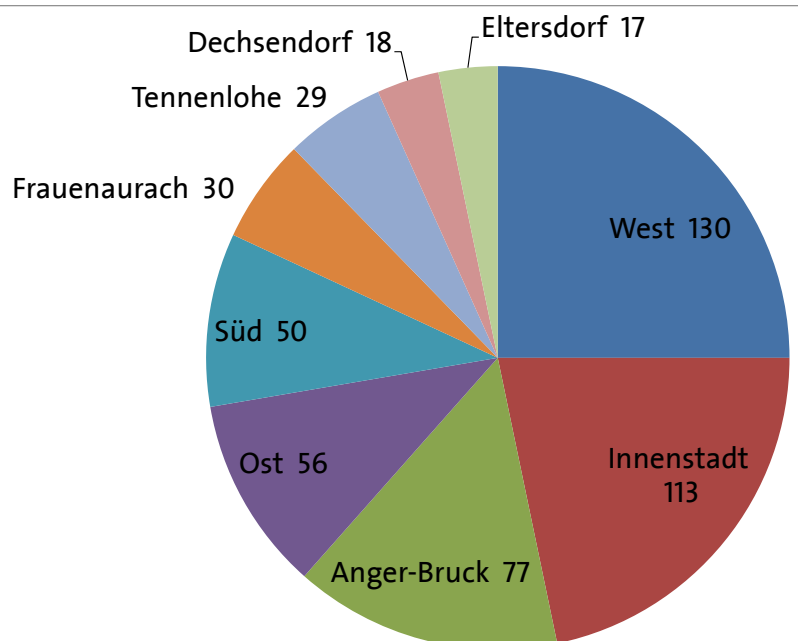
Mitgliederentwicklung der Erlanger SPD



Entwicklung der Ein- und Austritte

Eintritte	2012	2013	I/2014	Prog 14
Land	1.463	2.504	709	2836
Bezirk	235	385	115	460
Unterbezirk	25	53	13	52
Kreisverband	13	28	5	20
Austritte	2012	2013	I/2014	Prog 14
Land	1.449	1.536	921	3684
Bezirk	191	204	137	548
Unterbezirk	26	15	18	72
Kreisverband	12	7	9	36
Saldo	2012	2013	I/2014	Prog 14
Land	14	968	-212	-848
Bezirk	44	181	-22	-88
Unterbezirk	-1	38	-5	-20
Kreisverband	1	21	-4	-16

Verteilung der Mitglieder auf die Distrikte



SPD stärkt den THW mit 10 Millionen Euro

(msf) MdB Martina Stamm-Fibich begrüßt die beschlossene Erhöhung der Mittel für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW). „Ob bei uns in Erlangen oder bei Notlagen in aller Welt. Das THW leistet ebenso schwierige wie wertvolle Arbeit, die wir als Sozialdemokraten auch finanziell noch besser unterstützen wollen.“ Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hatte in seiner Sitzung einem Antrag von SPD und CDU/CSU zugestimmt, dem THW noch für das laufende Jahr zehn Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Das sollte auch für den Ortverband Erlangen eine gute Nachricht sein: Allein zwei Millionen Euro mehr werden an die ehrenamtlich getragenen THW-Gliederungen vor Ort gehen, in denen sich deutschlandweit rund 80.000 Helferinnen und Helfern engagieren. Für die Anschaffung neuer Fahrzeuge stellen die Koalitions-Haushälter weitere

sieben Millionen Euro bereit und stärken die Aus- und Fortbildungskapazitäten des THW mit 920.000 Euro.

Über immerhin 80.000 Euro mehr kann sich die Vereinigung der Helfer und Förderer des THW freuen, die ebenfalls mit zusätzlichen Mitteln bedacht wurde. Der aktuelle Entwurf zum Bundeshaushalt 2014 sah vor, die insgesamt 668 THW-Ortsverbände mit rund 25 Millionen zu unterstützen. Für das THW insgesamt waren fast 180 Millionen Euro im Haushalt eingeplant. „Ich bin sicher, dass die zusätzlichen 10 Millionen aus Berlin auch für die Erlanger THW-Mitglieder ein richtiges und wichtiges Signal der Solidarität und Anerkennung sind“, erklärt Martina Stamm-Fibich.



Die 49-Jährige selbst ist Mitglied im Förderungsverein THW Erlangen e.V. und setzt sich schon länger für die Interessen des THW ein. So konnte Martina Stamm-Fibich in einem Gespräch bei der Autobahndirektion Nordbayern erreichen, dass das THW Erlangen mit dem Wiederaufbau der Fahrzeugunterstände beginnen darf.



Rebecca Friedrich
Serviceberaterin in der
Geschäftsstelle Herzogenaurach, Haydnstraße

direkt GIRO

Das kostenlose* 0,-nlinebanking-Konto für Privatkunden mit persönlicher Beratung und Service.



Gut seit
185
Jahren

Sparkasse
Erlangen
Sicher. Stabil. Verlässlich.

*Das „direkt GIRO“ ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem „direkt GIRO“ und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter www.sparkasse-erlangen.de

Eckentaler beim Planspiel „Jugend & Parlament“

(msf) Zum Planspiel Jugend und Parlament, organisiert vom Deutschen Bundestag, konnte MdB Martina Stamm-Fibich den Eckentaler Julian Waibel (16) für vier Tage in Berlin begrüßen. 315 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren nahmen vom 31. Mai bis 3. Juni an der Veranstaltung teil.

In einem groß angelegten Planspiel ging es darum, den Weg der Gesetzgebung im Deutschen Bundestag zu simulieren. „Die Jugendlichen erhalten so spielerisch einen Einblick in die komplexen Abläufe der Gesetzgebung und die Arbeit der einzelnen Fraktionen“, sagt MdB Martina Stamm-Fibich. Die Teilnehmer schlüpften während ihrer „Amtszeit“ in die Rollen fiktiver Abgeordneter, die in Anlehnung an die reale Sitzverteilung im Bundestag in vier Fraktionen aufgeteilt wurden: in die Fraktionen Christliche Volkspartei (CVP) mit 156 Abgeordneten, die Arbeitneh-

merpartei Deutschland (APD) mit 96 Mitgliedern, die Partei der sozialen Gerechtigkeit (PSG) mit 32 Sitzen und die Ökologisch-soziale Partei (ÖSP) mit 31 Mandatsträgern.

Zunächst wurden die einzelnen Gremien wie die Fraktionen, die Landesgruppen und die Ausschüsse konstituiert. Im Anschluss ging es darum, vier Gesetzesvorlagen zu einer beschlussfähigen Endfassung zu bringen. Es entwickelte sich eine lebhaft Diskussions, aber auch ein zähes Ringen um die Inhalte und die Übereinstimmung mit den Interessen der eigenen Fraktion.

Zusätzlich durfte jeder Teilnehmer



seinem Bundestagsabgeordneten einen Besuch im Berliner Büro abstimmen, auch ein gemeinsames Mittagessen stand auf der Tagesordnung. „Das Planspiel ist eine gute Sache, um junge Menschen an die Politik heranzuführen und ein Bewusstsein für Demokratie zu schaffen“, sagt Martina Stamm-Fibich.

Petitionen: Instrument der direkten Demokratie

(msf) 18 Petitionen aus dem Wahlkreis Erlangen und Erlangen-Höchstadt erreichten den Deutschen Bundestag im Jahr 2013. Insgesamt wurden 14.800 Petitionen eingereicht. Kein anderer Ausschuss im Deutschen Bundestag berät über ein so großes Themenspektrum wie der Petitionsausschuss: Die Netzneutralität steht ebenso auf der Tagesordnung wie die Steuerfreiheit oder das Wahlrecht für Menschen mit Behinderung.

Was viele Petenten nicht wissen: Nur die beim Bundestag eingereichten Petitionen garantieren, dass sich der Gesetzgeber mit ihren Anliegen befasst. Petitionen, die auf einschlägigen Internet-Plattformen veröffentlicht werden, gehen nicht in die parlamentarische Prüfung ein.

Das Petitionsrecht gehört zu den verfassungsrechtlich verbrieften Grundrechten der Bundesrepublik Deutschland. Artikel 17 garantiert damit jedem das Recht, eine Petition einzureichen – unabhängig davon, ob er oder sie volljährig ist, Ausländer ist oder im Ausland lebt. Voraussetzung ist nur, dass die Petition schriftlich oder online mithilfe des Onlineformulars und mit Angabe der Adresse eingereicht wird. Natürlich

muss die Eingabe darüber hinaus auch im Zuständigkeitsbereich des Deutschen Bundestages liegen. Petitionen, die nicht in die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Bundes fallen, werden an den Petitionsausschuss des jeweiligen Landesparlaments abgegeben, soweit eine Landeszuständigkeit gegeben ist.

Der Petitionsausschuss ist Vermittler zwischen den Behörden und Bürgern und hilft bei unterschiedlichen Anliegen, zum Beispiel bei der Korrektur der Rentenberechnung. Der Petitionsausschuss ist aber auch Vermittler von Vorschlägen zur Gesetzgebung. Er ist ein wichtiges Element der direkten Demokratie.

„Ich arbeite mit Leidenschaft in diesem Ausschuss. In keinem anderen Gremium kommt der Abgeordnete direkter mit den Anliegen der Bürger in Berührung“, sagt Martina Stamm-Fibich. Die Petitionsanträge, die im Jahr 2013 aus dem Wahlkreis Erlangen und Erlangen-Höchstadt eingereicht wurden, befassten sich unter anderem mit der Weiterentwicklung des Pauschalierenden Entgeltsystems Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) und diversen Gesund-

heitsthemen. „Durch meine Mitgliedschaft im Ausschuss für Gesundheit bin ich für diesen Themenbereich auch Berichterstatterin im Petitionsausschuss“, sagt Martina Stamm-Fibich über die gelungene Verknüpfung der beiden Tätigkeitsschwerpunkte.

Knapp die Hälfte der Petitionen wird online mit Hilfe eines Web-Formulars eingereicht. Viele Petitionen werden auf der Internetseite des Bundestages veröffentlicht. „Ich werbe dafür, das Petitionsrecht zu nutzen – ob in einem persönlichen Einzelfall oder für eine Anregung zur Gesetzgebung. Ich mache aber auch darauf aufmerksam, dass nur die beim Bundestag eingereichten Petitionen vom Bundestag beraten werden“, erklärt Martina Stamm-Fibich.

Am 23. Juni beriet der Petitionsausschuss in einer öffentlichen Sitzung über den Antrag aus dem Wahlkreis zum Pauschalierenden Entgeltsystem in der Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP), die bessere Vergütung von Logopäden und die Sicherstellung der flächendeckenden, wohnortnahen Versorgung mit Hebammenhilfe. Die Sitzung kann in der Mediathek des Bundestags (bundestag.de/tv) angesehen werden.

Die EEG-Reform: Viel besser als ihr Ruf!

Seit Monaten steht die geplante Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (kurz EEG) in der Diskussion. Dabei wird diese von vielen auch in der SPD sehr kritisch gesehen: Befürchtet wird, dass es durch die Neufassung zu einem erheblichen Rückgang des Ausbaus der Erneuerbaren Energien kommt, teilweise wird sogar ein kompletter Stillstand in den Raum gestellt.

Tatsächlich aber stellt die Reform, zumindest in meinen Augen, einige wichtige Weichen für einen weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Im Folgenden möchte ich versuchen, dies zu begründen.

Der Energiemarkt: Geprägt von Profitinteressen

Steigt man in die Diskussion um die Erneuerbaren Energien ein, sollte man sich zunächst eines bewusst machen: Der Energiesektor insgesamt ist ein Bereich, in dem sehr viel Geld „verdient“ wird. Dies gilt mittlerweile für beide Seiten, für die konventionellen Energieunternehmen genauso wie für die erneuerbaren Energien.

Weil dies so ist, ist das Design des Energiemarktes so umstritten. Den Akteuren geht es darum, ihre Profitmöglichkeiten nicht zu verlieren. Deshalb versuchen z.B. die großen Stromkonzerne massiv, ein Design des Strommarktes und eine Gestaltung der Förderung der Erneuerbaren Energien zu erreichen, die ihnen Marktanteile und Marktmacht sichert und so weiter hohe Gewinne ermöglicht.

Mittlerweile gilt dies aber eben auch für die andere Seite: Auch einige Produzenten Erneuerbarer Energien und die Hersteller der dazu notwendigen Technologien setzen viel Geld um und fahren teils erhebliche Gewinne ein. Auch sie versuchen, für sich ein Marktdesign zu erreichen, das diese Gewinne verstetigt.

Beide Seiten verfolgen Profitinteressen (dabei gilt allerdings: Im Bereich der Erneuerbaren Energien gibt es nicht nur profitinteressierte, sondern auch jede Menge aus Idealismus agierender Akteure – auch die Erlanger Initiative Energiewende ER(H)langen gehört zu diesen und ist durchaus glaubwürdige Vertreterin für einen Ausbau Erneuerbarer Energien, der sich am Gemeinwohl orientiert). Dies ist der Hintergrund der jeweils in

den Raum gestellten Horrorszenarien: Die konventionellen Stromproduzenten warnen davor, ein „unkontrollierter“ weiterer Ausbau der Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien werde zu Instabilität im Netz und Stromausfällen führen und bedrohe damit die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft insgesamt. Auf der anderen Seite stellen die Unternehmen aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien in den Raum, jede Veränderung der Förderung führe unweigerlich zum Zusammenbruch des Ausbaus Erneuerbarer Energien. Notwendig sei dann eine vermehrte Produktion aus konventioneller Technik,

■ Von Philipp Dees



insbesondere aus Braunkohle, und der Wiedereinstieg in die Kernenergie.

Beide Szenarien sind so Unsinn. Sie dienen vor allem dem Zweck, durch entsprechende Beeinflussung der öffentlichen Meinung das für sich jeweils optimale Marktdesign zu erreichen. Auf der Seite der Erneuerbaren Energien nehmen dabei die profitorientierten Unternehmen eine zunehmende Rolle ein



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Beratungstermine

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

.....

– insbesondere auch, weil sie in großer Zahl Studien finanzieren können –, auch wenn die gemeinwohlorientierten Initiativen bedeutend bleiben.

Das eigentliche Problem ist der Strommarkt

Setzt man sich mit der Förderung Erneuerbarer Energien oder dem Strombereich insgesamt auseinander, so ist ein wesentliches Problem, dass dieser seit den 1990er Jahren als „Markt“ organisiert ist. Es gibt viele Hinweise darauf, dass dies nicht optimal ist, sondern dass eine zentrale organisierte Struktur bessere Ergebnisse liefern würde. Denn der Markt kann gerade im Strombereich viele notwendige Anreize nicht setzen, er ist extrem anfällig gegen die Ausübung von Marktmacht und damit für überhöhte Preise.

Deshalb wäre eigentlich eine Re-Regulierung des Energiemarktes mit einer staatlich und vor allem kommunal – über Stadtwerke – dominierten Erzeuger- wie Lieferantenstruktur wünschenswert. Damit könnte der Strombereich wahrscheinlich zu niedrigeren Kosten bei gleicher Versorgungssicherheit und höherem ökologischen und sozialen Standard betrieben werden.

Aber: Eine solche Re-Regulierung des Strombereichs erscheint zwar notwendig, sie ist aber kurz- und auch mittelfristig nicht umsetzbar. Denn Deutschland hat sich darauf eingelassen, die Organisation des Strombereichs als Markt innerhalb der EU festzulegen. Dies nun wieder zu verändern bedeutet daher, in der EU Mehrheiten dafür erzielen zu müssen – und dies ist aller Erfahrung nach ein langwieriger Prozess.

Die Erneuerbaren sind zu groß geworden, um nicht Teil des Marktes zu sein

Wenn aber der Markt im Strombereich mittelfristig bestehen bleibt, dann führt kein Weg daran vorbei, dass auch der Sektor der Erneuerbaren Energien in diesen Markt integriert werden muss. Bisher ist er dies weitgehend nicht: Die Erneuerbaren Energien werden über das EEG zu festen Preisen vergütet, der von ihnen produzierte Strom wird von den Netzbetreibern immer abgenommen – unabhängig davon, ob er gerade benötigt wird oder nicht. Die Netzbetreiber verkaufen diesen Strom dann zu Geboten von Null in den Strommarkt. Die Differenz zwischen dem Strompreis, den die Netzbetreiber an die Produzenten der „Erneuerbaren“ zahlen, und dem Preis,

den sie beim Verkauf des Stromes erzielen, zahlen die Endverbraucherinnen und Endverbraucher über die EEG-Umlage.

Dieses System hat funktioniert, solange die Erneuerbaren einen relativ kleinen Anteil an der gesamten Stromproduktion ausgemacht haben. Mittlerweile haben sie aber (glücklicherweise) ihren Marktanteil erheblich gesteigert. Die Folge davon ist aber auch, dass die Produktion der Erneuerbaren mittlerweile erheblichen Einfluss auf die Marktsituation und tatsächlich auch auf Netzstabilität und Versorgungssicherheit hat. Denn: Speisen die Erneuerbaren sehr viel Strom ein, dann müssen konventionelle Kraftwerke kurzfristig abgeschaltet werden; es droht die Überlastung von Leitungen im Stromnetz, die nur zu hohen Kosten vermieden werden kann.

Das Problem ist, dass das bestehende EEG keinen Anreiz setzt, die Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien so zu optimieren, dass dann viel Strom eingespeist wird, wenn auch viel gebraucht wird. Denn der Preis, den die Erneuerbaren erhalten, ist immer gleich hoch, egal, wie groß oder klein der Bedarf an Strom gerade ist. Deshalb ist es egal, wann der Strom produziert ist, das Ziel von Anlagenbetreibern ist nur, möglichst viel zu produzieren.

Dabei gäbe es technisch andere Möglichkeiten: Windkraftanlagen lassen sich zum Beispiel so optimieren, dass sie bei schwachem Wind (und damit ansonsten niedrigerer Stromproduktion aus Wind) mehr und bei starkem Wind weniger Strom produzieren. Insgesamt produzieren diese Anlagen dann aber weniger Strom. Und genau deshalb lohnt es sich nicht, die Anlagen so zu optimieren – obwohl es volkswirtschaftlich sinnvoll wäre.

Das „neue“ EEG versucht, die Marktintegration zu verbessern

Das neue EEG versucht, diese Probleme zu lösen. Dies ist Hintergrund der künftigen Selbstvermarktung: Die Produzenten sollen ihren Strom künftig zu den aktuellen Marktpreisen verkaufen. Sie erhalten neben diesem Erlös weiterhin eine Förderung, die dem bisherigen Fördersatz (abgesenkt um die Kostenfortschritte der letzten Jahre) abzüglich des durchschnittlichen Strompreises entspricht. Die Folge davon: Produziert zum Beispiel eine Windkraftanlage viel Strom zu Schwachwindzeiten, erzielt deren Betreiber einen höheren Erlös als bei einer Produktion zu Starkwindzei-

ten: Der Strompreis ist höher (weil bei Schwachwindzeiten insgesamt weniger Windstrom eingespeist wird), die Prämie identisch. Daraus folgt ein Anreiz, die Anlagen so zu optimieren, dass mehr Strom zu Schwach- und weniger zu Starkwindzeiten produziert wird und sich die Produktion der Windanlagen somit stärker am Strombedarf orientiert. Die Kosten für die Bereitstellung von Regel- und Ausgleichsenergie und andere Systemkosten sinken damit, insgesamt wird die Stromproduktion günstiger, bei gleichem Anteil der Erneuerbaren. Deshalb ist dieser Schritt sinnvoll, genauso wie viele andere Veränderungen im EEG, die ähnliches bewirken werden.

Das neue EEG hat auch Schwächen

Richtig ist allerdings auch: Mit dem neuen EEG wird es auch Probleme geben. So ist es unnötig, eine jährliche Obergrenze für den Zubau der Erneuerbaren Energien vorzugeben. Dies dämpft nur unnötig die Entwicklung – eine regelmäßige Überprüfung der Kostenfortschritte und damit der Fördersätze würde den gleichen Zweck erfüllen und weit weniger Probleme verursachen. Auch die Reduzierung der Befreiungen von der EEG-Umlage geht bei weitem nicht weit genug, es bleiben immer noch viele Unternehmen befreit, die keine Wettbewerbsprobleme durch höhere Stromkosten bekommen. Und auch bei der Selbstvermarktungspflicht, die grundsätzlich sinnvoll ist, sollte die Ausnahmeregelung für Kleinanlagen ausgeweitet werden – wer eine Photovoltaikanlage auf dem eigenen Dach hat sollte nicht zur Selbstvermarktung gezwungen sein, es geht um Großanlagen insbesondere im Windbereich.

Und vor allem: Es bedarf nicht nur einer EEG-, sondern einer Strommarktreform insgesamt. Der Wandel der Stromproduktion hin zu Erneuerbaren Energien setzt umfangreiche Veränderungen bei den Kraftwerken voraus, für die Investoren wie z.B. Stadtwerke Investitionssicherheit benötigen. Dies kann nur gelingen, wenn der Markt insgesamt so gestaltet wird, dass sich Neuinvestitionen in Kraftwerke, die für die Erneuerbaren gerüstet sind (vor allem Gaskraftwerke), in Speichertechnologien etc. lohnen. Daran muss dringend gearbeitet werden, denn nur dann wird die Energiewende weitergehen.

Aber trotzdem: Die EEG-Reform hat sicherlich Schwächen. Sie ist aber bei weitem besser und sinnvoller, als ihr oft unterstellt wird.

■ **aus den Distrikten**

■ **Distrikt Eltersdorf**

Vorsitzender:

Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Dienstag, 15. Juli,
19 Uhr, Schützenhaus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

■ **Distrikt Frauenaarach**

Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
gabi.dorn-dohmstreich@franken-
online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden herzlich ein zur

**Jahreshauptversammlung
am 15. Juli, 20 Uhr, Pizze-
ria Angelo, Sylvaniastr. 1**

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Berichte aus Ortsbeirat, Stadtrats-

- fraktion und Kreisvorstand
3. Rechenschaftsbericht der Vorsitzen-
den sowie Kassenbericht
 4. Aussprache zu den Berichten
 5. Entlastung des Vorstandes
 6. Verschiedenes

Für den Vorstand
Gabi Dorn-Dohmstreich

■ **Distrikt Innenstadt**

Vorsitzender:

Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
unsere nächste Distriktssitzung ist am

**Dienstag, 22. Juli, 20 Uhr,
„Kulisse“, Nebenraum
(Theaterstraße)**

Die genaue Tagesordnung beschließen
wir diesmal dann erst vor Ort.

Wir freuen uns wieder auf zahlreiches
Erscheinen!

Für den Vorstand,
Michael

■ **Distrikt Ost**

Vorsitzender:

Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Distriktsversammlung
am Mittwoch, 9. Juli,
19 Uhr, Gaststätte „Wald-
schänke“ (Lange Zeile 104)**

Vorläufige Tagesordnung

1. Aktuelles
2. Berichte aus Stadtteil und Stadtrat
3. Sonstiges

Im August findet keine Sitzung statt.

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig, Birgit Hartwig, Sven
Nottebohm

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 15. Juli, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:

- 1) Aktuelles: Rückblick auf den Ausflug, Bericht von der Vorbereitungssitzung zur Gestaltung des Ortsjubiläums, Erfahrungen mit der Stadtverwaltung
- 2) Vorbereitung der Tennenloher Ortsbeiratssitzung (voraussichtlich am 17. Juli) und der offiziellen gemeinsamen Ortsbeiratskonstituierung am 29. Juli im Erlanger Ratssaal
- 3) Ergänzungen zur neuen Ausgabe des Tennenloher Boten
- 4) Bericht von Gert von der von ihm besuchten Veranstaltung
- 5) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen

Distriktsversammlung am 16. September

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsitzung vom 13. Mai

1. Aktuelles: Der Distrikt diskutiert die neue Situation in der Stadt nach dem Wechsel im Oberbürgermeisteramt.
2. Europawahl: Situation vor der Wahl, die Aussichten der beiden Kandidaten und die Auswirkung auf die künftige Struktur der europäischen Institutionen.
3. Begutachtung des Programms von FETEVE (Fest der Tennenloher Vereine) am 17./18. Mai.
4. Ideensammlung zum 750jährigen Jubiläum von Tennenlohe im Jahre 2015: Vorüberlegungen zu Zeitpunkt (Zusammenhang mit Kirchweih?), Einbeziehung der Vereine, Jubiläumsschrift, Schrift zur Geschichte Tennenlohes (Adolf), Umzug, Zelt etc.
5. Bearbeitung und Verabschiedung der beiden Anträge an die Fraktion: Beleuchtung des Kreisels an der Kurt-Schumacher-Straße (Beschluss: Reflektoren) und Umgestaltung der Schaukastenanlage an der Lachner-

straße (Anordnung, Fahrradparkplätze etc.).

6. Kurzinformation zum Ausflug in die Oberpfalz im Juni.

Rolf Schowalter in Vertretung des Schriftführers

Protokoll der Jahreshauptversammlung vom 17. Juni

1. Allgemeines

Der Distrikt begrüßt Andreas Richter als neuen Distriktsbetreuer der Fraktion.

Rolf gibt einen kurzen Überblick über die Ergebnisse der Europawahl in Tennenlohe. In den beiden Wahlbezirken hat die SPD jeweils rund 10 Prozent Stimmen gewonnen, während die CSU jeweils fast 10 Prozent verloren hat. Damit setzt sich der positive Trend der Kommunalwahl fort. Im Bereich Tennenlohe Nord-Mitte lag die SPD mit 31,04 Prozent deutlich vor der CSU mit 24,78 Prozent. Im Bereich Tennenlohe Ost-Süd lagen die beiden großen Parteien gleichauf.

In einem kurzen Rückblick wurde das Fest der Vereine, das am Wochenende 17./18. Mai stattfand, als durchaus gelungene Veranstaltung beurteilt, das von der Bevölkerung sehr gut angenommen wurde. Beklagt wurden einzelne Organisationsprobleme im Vorfeld und beim Fest.

2. Ortsbeirat

In der Stadtratssitzung vom 22. Mai wurden die neuen Ortsbeiräte benannt. Für die SPD in Tennenlohe werden Rolf Schowalter und Gert Büttner für die bisherigen Mitglieder Gertrud-Reich-Schowalter und Hans Hauer im Ortsbeirat vertreten sein. Der Distrikt hatte die Beiden auf Antrag von Hans und Gertrud als neue Kandidaten vorgeschlagen. Rolf wird für den Vorsitz kandidieren. Die erste informelle Sitzung hat bereits stattgefunden und erste Vereinbarungen wurden getroffen. Gert und Rolf berichten.

3. 750-Jahr-Feier in Tennenlohe

Tennenlohe feiert im nächsten Jahr sein 750jähriges Bestehen. Die älteste bekannte Erwähnung des Ortes geht auf ein Schriftstück vom 25. März 1265 zurück. Der Distrikt geht davon aus, dass der Ortsbeirat die Organisation der Feier übernehmen wird. Der Prozess der Ideensuche und Vorplanung für das Ereignis hat gerade begonnen. SGem und HGV haben bereits erste Beiträge vorgeschlagen.

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

■ aus den Distrikten/aus den Arbeitsgemeinschaften

Die Ortsbeiräte, ihre Vertreter/innen, die Betreuungsstadträte und die Vereinsvorsitzenden werden das erste offizielle Vorbereitungstreffen am 1. Juli abhalten, die Einladungen sind dazu ergangen.

4. Umgestaltung des Platzes an der Sebastianstraße

Offensichtlich bestehen Mängel innerhalb der Verwaltung bei der Weitergabe von Informationen. Die Einwendungen des Ortsbeirats bezüglich der Ausrichtung der Parkflächen wurden vom Stadtplanungsamt überhaupt nicht registriert. Rolf hat bereits entsprechende Vorstöße

im Bauaufsichtsamt unternommen, Andreas wird die Angelegenheit aufgrund der vorhandenen Ortsbeiratsprotokolle im UVPA zur Sprache bringen. Auch beim Besuch von Rolf und Gertrud in der Fraktion wurde die Angelegenheit thematisiert.

5. Tennenloher Bote

Der nächste Tennenloher Bote soll Anfang August im Vorfeld der Tennenloher Kerwa verteilt werden. Der Distrikt diskutiert Themen, die in der nächsten Ausgabe behandelt werden sollen.

Hans Hauer

■ Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, Fußball und Bergkirchweih sind vorbei. Endlich gibt es wieder eine Chance, über Politik im Distrikt zu sprechen.

Wir laden ein für unser Treffen am

Mittwoch, 16. Juli, 20 Uhr, Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:
1. Aktuelles

2. Berichte aus Fraktion, Kreisvorstand und Ortsbeirat
3. Was steht für uns im Stadtwesten in Sachen Kommunalpolitik nach dem Wechsel zu Rot-Grün-Gelb im Stadtrat und Florian als OB an?
4. Verschiedenes

Schön wäre es, Euch wieder einmal in etwas größerer Runde zu sehen!

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

■ AG 60plus

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

hartmut.wiechert@gmx.de

Einladung zum Tagesbesuch in Jena

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus lädt herzlich ein zum

Tagesbesuch in Jena am Mittwoch, 30. Juli

Vorgesehen ist die Fahrt mit dem Zug. Die Tagesgestaltung wird durch die AG 60plus Jena und der SPD-Stadtratsfraktion Jena übernommen. Wir werden ca. 9 Stunden mit den Jenaer SPD-Senioren verbringen

Ablauf

- 07:20: Abfahrt in Erlangen, Gleis 2.
- 09:44: Ankunft Jena Paradies
- 10:00: Begrüßung im alten und neuen SPD-Haus am Teichgraben 4

- Detailplanung AG 60plus Jena
- 19:00 Abfahrt Jena Paradies
- 21:43: Ankunft in Erlangen

Wegen der Fahrkarte und der Mitteilung über die Besucherzahl an unsere SPD-Freunde in Jena bitten wir um Anmeldung bis spätestens 10. Juli bei Hartmut Wiechert, Telefon 991232.

Schön wäre es, wenn sich außer dem Vorstand der 60plus-Arbeitsgemeinschaft noch weitere Genossinnen und Genossen zur Mitfahrt entschließen könnten!

Nach unseren Erfahrungen von gegenseitigen Besuchen aus Jena oder in Jena in früheren Jahren, kann es nur interessant, schön und eine Bereicherung werden!

Für den Vorstand
Hartmut Wiechert